

Vorwort

Herbert Cordt

Ende August 2001 fand das Begräbnis von Peter Strahammer statt. Der Generaldirektor der Voest-Alpine war beim Bergsteigen tödlich verunglückt. In einer ergreifenden Feier am Werksgelände nahmen mehr als 4.000 Menschen von ihm Abschied. Auf der Rückreise nach Wien traf ich im Zug einen anderen Trauergast, Karl Hollweger, den ich seit meiner Zeit als Vorstandsmitglied der Österreichischen Länderbank als sachkundigen und führungsstarken Generaldirektor der Perlmooser AG kennen und schätzen gelernt hatte.

Karl Hollweger hat in seiner beruflichen Laufbahn sämtliche Höhen erklommen, von denen man während des Studiums nicht zu träumen wagt und hatte sich dabei seinen natürlichen Witz bewahrt. So erzählte er mir zahlreiche Begebenheiten und Schnurren aus seiner langen Berufslaufbahn, die bis dato noch nicht in der Öffentlichkeit bekannt waren. Meine Anregung, doch diese Geschichten niederzuschreiben, lehnte er mit dem Hinweis ab, dass er selber nichts mehr schreiben wolle.

Ich habe diese Angelegenheit wieder vergessen, bis im Jahre 2011 Franz Struzl zum Generaldirektor der RHI bestellt wurde und ich mit ihm unsere Werke in der Steiermark besuchte. Im Stahlwerk Donawitz, ein bedeutender Kunde der RHI, kam mir richtig zum Bewusstsein, welche Verehrung und Bewunderung Franz Struzl entgegengebracht wurde. Auf meine diesbezügliche Fragen erzählte er mir dann, wie er in den späten 80er Jahre maßgeblich beteiligt war, die obersteirischen Werke der Voest-Alpine zu sanieren und zu erhalten.

Da erinnerte ich mich wieder an die Bahnfahrt mit Karl Hollweger von vor 10 Jahren und so reifte der Entschluss zu diesem Buch.

Anfangs einige grundsätzliche Gedanken

Die Industrialisierung war in Österreich keine einfache oder gar natürliche Angelegenheit. Meist brauchte es den Anstoß – und das Kapital – von außen.

Nach dem für die Habsburger Monarchie betrüblichen Ausgang des Spanischen Erbfolgekrieges anfangs des 18. Jahrhunderts und der gegen Preußen verlorenen Kriege um Schlesien zog sich Österreich-Ungarn gedanklich aus dem Westen Europas zurück. Josef II erkannte die wirtschaftliche Rückständigkeit seines Landes und versuchte, ausländisches Know-how und Kapital anzusiedeln. Das Toleranzpatent sollte dabei helfen.

Ein weiterer Schritt erfolgte Mitte des 19. Jahrhunderts durch französisches Kapital, u.a. von der Familie Rothschild und Paul Eugene Bontoux, die die Gründer der großen Akti-

enbanken Credit Anstalt und der k. u. k. privilegierten Österreichischen Länderbank waren. Damit einher gingen weitere große Investitionen, auch in den Ausbau der Eisenbahnen.

Ein nächster, bedeutender Schritt, der bis heute noch nicht entsprechend berücksichtigt wird, sind die massiven Investitionen während der Nazizeit 1938-1945. „Das nationalsozialistische Terrorregime hatte unter Ausbeutung ganz Europas und der Beraubung von Jüdinnen und Juden gezielt im Kerngebiet des „Deutschen Reiches“ – so auch in Österreich bis 1944 – einen riesigen Rüstungs- und Industriesektor, aufgezogen“, schreibt Oliver Rathkolb in seinen Zeithistorischen Anmerkungen. Hier entstand eine völlig neue Grundstoffindustrie, wurde die Elektrizitätswirtschaft umfassend ausgebaut und begonnen, die Mineralöl- und chemische Industrie aufzubauen. Dass diese Aufbauarbeiten wesentlich von Zwangsarbeitern verrichtet wurden, darf an dieser Stelle nicht unter den Tisch fallen – Stichwort Kraftwerk Kaprun.

Die Verstaatlichungsgesetze nach dem 2. Weltkrieg und die Einbeziehung der von den Sowjets verwalteten USIA Betriebe nach 1955 formten die sogenannte Verstaatlichte Industrie, damals besser bekannt unter dem Begriff „Königreich Waldbrunner“.

Ein weiterer Turbo für Österreichs Industrie: Die Westmächte, allen voran die Amerikaner haben sehr viel unternommen, um den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft voranzubringen. Besonders erwähnt seien hier die Mittel aus dem Titel „Marshallplan“, wo wir die 4. höchste Zuteilung pro Kopf der Bevölkerung bekommen hatten. Berücksichtigt man noch den Umstand, dass die sowjetische Zone und die unter sowjetischer Besatzung stehenden Wiener Bezirke keine ERP-Mittel bekamen, so wird man sagen können, dass ein großer Teil Österreichs sehr, sehr großzügig mit amerikanischer Hilfe unterstützt wurde.

Nur langsam konnte sich die Politik in den 80er Jahren zu der Erkenntnis durchringen, - nicht zuletzt unter dem Diktat der knappen Kassen – dass die Verfügungsmacht über die Verstaatlichte besser in private Hände gelegt werden sollte.

Ich glaube, es ist nicht vermessen zu behaupten, dass die österreichische Wirtschaft, insbesondere die Industrie, in den vergangenen 60 Jahren das Goldene Zeitalter erlebt hatte.

Dieses „Goldene Zeitalter“ war eingebettet in einem politischen Rahmen, der wechselhafter nicht sein konnte. Das demokratische Österreich entstand im November 1918, gebrochen nach dem entsetzlichen Weltkrieg, zerstückelt und reduziert auf „L’Austrie c’est ce qui reste“.

Die Jahre bis 1938, holprige Lernjahre der „demokratischen“ Entwicklung, wurden abgelöst durch die Gräuelpolitik der Nazizeit und den Weltkrieg II. Erst 1945, auferstanden aus den

Schützengräben und geläutert in den KZs, gelang es, an das gemeinsame Österreich glaubend, den Wiederaufbau mit tatkräftiger Hilfe der Amerikaner, zu bewerkstelligen. Der Staatsvertrag 1955 brachte das Ende der Besatzungszeit und die endgültige politische Freiheit.

Endgültige Freiheit ? Dies nun doch nicht, wie Bruno Kreisky in diesem Buch so treffend zitiert wird. Die Bedingungen des Staatsvertrages ließen eine vollständige Hinwendung zu den treibenden Kräften in Europa nicht zu. Erst 1989, buchstäblich in letzter Minute vor dem Fall des Eisernen Vorhangs, gelang mit dem Beitrittsgesuch zur EU- und dem erfolgten Beitritt 1995, die Teilhabe am größeren Europa. Dieser Schritt kann im historischen Kontext gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Erstmals seit der Niederlage im Spanischen Erbfolgekrieg im 18. Jahrhundert hat sich Österreich wieder einem Bündnis angeschlossen, das eine westliche Perspektive und damit den Anschluss an ein dynamisches Wirtschaftsgebiet zur Folge hatte.

Bei gar manchen Entscheidungsträgern ist allerdings die Einsicht in das größere Europa noch nicht angekommen. Nicht selten bekommt man den Eindruck, dass „die da in Brüssel“ für etwas verantwortlich sind, womit wir durchaus nichts zu tun haben wollen. Die Einsicht, dass wir dort mitreden und entscheiden können - und müssen, - ist auch zwei Jahrzehnte nach dem Beitritt noch immer unterentwickelt.

In anderen Worten: Die Souveränität Österreichs war von 1955 – 1989/1995 eingeschränkt durch die Bedingungen des Staatsvertrags und seit dem Beitritt zur EU haben wir einen freiwilligen Souveränitätsverzicht akzeptiert, den die EU-Verträge mit sich gebracht haben. Die nun bestehenden Möglichkeiten politisch voll zu nutzen wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Jedenfalls hat das West-Ost Gefälle in unserem Land, geschuldet der Demarkationslinie an der Enns bis 1955 und dem Umstand, dass die Sowjets nicht nur keine wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone förderten, sondern im Gegenteil die industrielle Infrastruktur abbauten und in die Sowjetunion brachten, erst mit dem Beitritt zur EU einen endgültigen (positiven) Ausgleich erfahren.

Bis 1989 waren Österreichs Außengrenzen teilweise unüberwindlich. Jahrhunderte alte Beziehungen zum Nachbarn über die Grenzen waren verboten, unmöglich gemacht oder gar mit dem Leben bedroht. 40% der Außengrenze waren tot.

Das beinahe zeitliche Zusammentreffen von Ostöffnung und EU-Beitritt gab der österreichischen Industrie einen Turboschub, der seinesgleichen sucht. Das ganze Land hat davon profitiert, nein besser noch, hat hart daran gearbeitet, entsprechenden Nutzen daraus zu ziehen.

Die Bankwirtschaft als Finanzier der Industrie

In jedem funktionierenden Wirtschaftsraum kommt der Bankwirtschaft eine entscheidende Rolle zu. Kapital und Liquidität, Einlagen und Kredit, das sind elementare Notwendigkeiten. Getragen vom Vertrauen der Bevölkerung sind die Banken, Sparkassen und Kreditinstitute der Transmissionsriemen für die produzierende Wirtschaft. Der Kreislauf des Geldes wurde und wird häufig mit dem Blutkreislauf im menschlichen Körper in Zusammenhang gebracht. Zu Recht.

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges spielte auch in Österreich die Finanzwirtschaft eine enorme Rolle – wahrscheinlich eine größere als in anderen Ländern.

Österreich war nach 2 Weltkriegen ausgeblutet, mehrere Währungsumstellungen haben nicht zur Hebung des Vertrauens in den Bankenmarkt beigetragen. Aber die neugewonnene Freiheit nach dem Staatsvertrag und der wirtschaftliche Neuanfang nach 1955 eröffneten den Wirtschaftstreibenden neue Perspektiven.

Allerdings: die allgemeine Knappheit an Eigenkapital machte auch vor den Bankbilanzen nicht halt. Verschärft wurde dies noch durch den Umstand, dass viele Kreditnehmer, Wirtschaftstreibende und vor allem Industrielle auch nur über wenig Eigenkapital verfügten. Während Banken naturgemäß mit weniger Eigenkapital zu arbeiten gezwungen – und gewohnt – sind, ist das bei den Kreditnehmern ein weit bedenklicheres Zeichen. Ein Zeichen der Kapitalschwäche der österreichischen Industrie spiegelt sich in den Bilanzen wider. Auf der Passivseite fällt der hohe Anteil an Bankkrediten auf, im Unterschied zu anderen Ländern. Während anglo-amerikanische Firmen bis zu 80% die Kapitalmärkte zur Finanzierung ihrer Bilanz heranziehen (können), ist bei uns das Verhältnis geradezu umgekehrt: Rund 70-80% kommen von den Banken. Mit dem Effekt, dass die „Hausbank“ über Gedeih und Verderben des Kreditnehmers entscheidet – viel öfter als ihr lieb ist.

In diesem Buch werden Beispiele angeführt, in welchen die Hausbank sehr viel Risiko genommen hat, um Finanzierungen zu ermöglichen. So viel Risiko, dass man heute mit Sicherheit sagen kann, das wäre unter den geltenden Regulatorien (Basel I – III) nicht mehr möglich.

Die Finanzwirtschaft kann aber nur dann Risiken eingehen, wenn sie in der Lage ist diese auch im Ernstfall tragen zu können. Banken sind professionelle Risikoträger: Bonitätsrisiko, Zinsänderungsrisiko, Liquiditätsrisiko, Fremdwährungsrisiko, Länderrisiko, und dergleichen mehr ist das tägliche Brot in einer Bank. Wenn aber – politisch determinierte und veranlasste Regulierung versucht, jegliches Risiko von den Banken fernzuhalten, ja die Übernahme von Risiken den Entscheidungsträgern geradezu verbietet, dann wird die Finanzwirtschaft ihrer ureigensten Eigenschaft beraubt. Der dahinterstehende Gedanke

ist klar: Nie wieder sollen Steuerzahler gezwungen sein, für Verluste von Banken einspringen zu müssen. Aber: Es ist zu befürchten, dass das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird. Denn wenn Banken kein Risiko mehr übernehmen können, wer sollte dann in der Wirtschaft die Funktion erfüllen?

Leidtragende ist die Realwirtschaft und somit die gesamte Volkswirtschaft.

RHI

Ich bin der RHI besonders verbunden. Und die Geschichte dieser Firma bietet sehr gute Einblicke in das wirtschaftliche Geschehen nach dem Weltkrieg II: Den Kern der Firma bilden die „Österreichisch-Amerikanische Magnesitgesellschaft in Radenthein“, die der US-amerikanischen Firma GREFCO gehörte, sowie die Veitscher Magnesit AG, die zu überwiegendem Anteil im Besitz der französischen Stahlindustrie war. Beide Firmen hatten also ausschließlich ausländische Eigentümer. Beide Firmen kamen in österreichischen Besitz, die Radex/Heraklith durch einen MBO, die Veitscher Magnesit AG durch den Kauf der Mehrheit der Aktien durch Karl Kahane. Der darauffolgende Zusammenschluss beider Firmen schuf bereits einen beachtlichen europäischen Konzern. Die Übernahme weiterer Firmen in Deutschland und Italien schuf den unbestrittenen europäischen Marktführer – das alles geschah mit überwiegender Bankfinanzierung. Nunmehr wagte man den Sprung nach Übersee, die USA waren damals noch der größte Markt für Feuerfestprodukte. Auch hier halfen die Banken tatkräftig mit, einige sogar weit über das vernünftige Maß hinaus. Das amerikanische Abenteuer ging schief, die Firma konnte nur mit Bankenhilfe gerettet werden. Dies auch deshalb, weil der Konkurs der RHI für einige der Banken beträchtliche negative Auswirkungen gehabt hätte.

Heute steht die RHI wieder prächtig da, hat diese Probleme längst überwunden und sieht einer sehr guten Zukunft entgegen.

Euro und Demokratie

Es gab in den 1920er Jahren einen österreichischen Finanzminister, der später als Ökonom in Harvard zur Berühmtheit wurde. Als Finanzminister ist Schumpeter allerdings genauso gescheitert, wie vorher als Bankdirektor. Ein anderer österreichischer Finanzminister bot einem Nobelpreisträger ein halbes Jahrhundert später Paroli und hatte nach dem Motto „the proof of the pudding is in the eating“ gegen Milton Friedman Recht behalten. Das war Hannes Androsch und seine Wirtschafts- und Währungspolitik.

Harte Währung als Fitnessstraining

Das Österreich der 1970er Jahre. Eine kleine Gruppe um den Finanzminister formulierte revolutionäre Thesen zur Währungspolitik. Revolutionär waren sie deshalb, weil die herrschende Lehre zu jener Zeit davon ausging, dass die Anpassung der Währungsrelationen ein probates Mittel zum Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichte darstellt. Der Internationale Währungsfonds, Milton Friedman, Universitäten, Professoren, Banken und Interessensvertreter argumentierten wortgewaltig und mit gekonntem medialen Druck gegen die (einseitige) Bindung des Schilling an die DM.

„We agree to disagree“ war die minimalistische Basis in einem Streitgespräch, an welchem der Autor dieser Zeilen teilnehmen konnte, zwischen Milton Friedman und Hannes Androsch. Aber der österreichische Finanzminister sollte Recht behalten. Die innere Anpassung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Löhne, Preise, Budgetdisziplin, Außenhandelsbilanz, etc. gelang und Österreich erreichte damit eine innere Stärke, die in einem härteren Schillingkurs glaubwürdig nach außen vertreten wurde.

Und doch standen die richtungsweisenden Maßnahmen der „Hartwährungspolitik“ zu Beginn unter gar keinen guten Stern:

Der Ölpreisschock der Jahre 1973/74 verursachte einen gewaltigen Kaufkraftabfluss ins Ausland. Die Vervielfachung des Preises von Erdöl über Nacht wirkte wie eine Sondersteuer auf das Einkommen der Bevölkerung und eine enorme Sonderabgabe auf das volkswirtschaftliche Vermögen. „Ein Schilling, der schon einmal durch hohe Ölpreise ins Ausland abgeflossen ist, kann kein zweites Mal im Inland ausgegeben werden.“

Das war das Mantra des Finanzministers zu den Forderungen aus allen Richtungen, den Kaufkraftabfluss zu ersetzen. Dazu kam erschwerend hinzu, dass sämtliche Wirtschaftsforscher für das Jahr 1974 ein positives Wirtschaftswachstum vorhergesagt hatten. Dementsprechend hoch fielen die Kollektivvertragsabschlüsse aus. Dieser „kollektive Prognoseirrtum“ brachte das wirtschaftliche Umfeld in weitere Turbulenzen.

Gegen diesen Hintergrund waren die notwendigen Anpassungsmaßnahmen umso schwieriger umzusetzen. Aber es gelang.

Jedoch: Friedmans Thesen zur Entwicklung des Euro, aufbauend auf den gleichen Überlegungen wie seine Einlassungen damals zur Wirtschafts- und Währungspolitik Österreichs in den 1970er Jahren, bekommen, leider, von Tag zu Tag, von Monat zu Monat mehr Bedeutung.

Europa ist in keiner guten Verfassung. Die Frage nach dem „Warum“ ist aber nicht nur akademisch.

Die von den USA ausgehende Finanzkrise der Jahre 2008/2009 hat auf dem alten Kontinent dramatische Spuren hinterlassen, Spuren, die noch lange sichtbar sein werden. Die Staatsschuldenkrise vieler der im Euroland vereinten Länder ist noch lange nicht vorbei,

im Gegenteil. Welchen Anteil daran hatte die Einführung des Euro? Und hätte man manche dieser Fehlentwicklungen vorhersehen oder gar vermeiden können?

Die Einführung des EURO war bereits ein Kompromiss zwischen Frankreich und Deutschland. Was fehlte, war die zu einer Währungsunion notwendigerweise dazu gehörige Fiskal- und politische Union, deren Form und Inhalt im Vertrag von Maastricht mehr als vage blieb. So ist die Währungsunion allein zwar gut gemeint, aber auch der „Gründungsfehler“ des Euro, wie Angela Merkel im deutschen Bundestag 2011 feststellte. Die theoretischen Einlassungen über dieses Konstrukt und ihre praktischen Folgen bieten der politischen Linken und der Rechten eine gemeinsame Argumentationsbasis. Milton Friedman, streitbarer Fahnenträger der Neoliberalen, schrieb bereits vor der Einführung der Gemeinschaftswährung 1997 in „The EURO: Monetary Union to Political Disunity“ über seine Zweifel an der Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme. „Monetäre Einheit, die unter ungünstigen Bedingungen eingeführt wird, wird sich als Hindernis für die politische Einheit erweisen“. Ähnlich argumentieren heute die deutschen Linken, Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine. „Die Währungsunion verengt die Spielräume der einzelnen Regierungen bis zur Handlungsunfähigkeit“ und machen sich Sorgen über die demokratischen Konsequenzen.

What if ...

„What if“ ist eine gern gemachte gedankliche Spielerei zu Geschehnissen in der Vergangenheit. Die Geschichte kann zwar neu gedacht werden, aber Änderungen im historischen Ablauf lassen sich nachträglich nicht verändern.

Entscheidungsträger und andere erfolgreiche Menschen zeichnet, neben vielen anderen Eigenschaften auch die Fähigkeit aus, in Alternativen zu denken. Es ist auch für die vorliegende Arbeit reizvoll, einige „What ifs“ anzureißen:

Was wäre geschehen, wenn der Staatsvertrag kein Anschlussverbot an Deutschland beinhaltet hätte und wir somit früher der EWG beitreten hätten können?

Was wäre gewesen, hätte nach der verlorenen Nationalratswahl im Jahr 1966, der SPÖ Parteitag nicht Bruno Kreisky, sondern H. Czettel zum Vorsitzenden der Partei gewählt? - Was wäre gewesen, wäre statt Hannes Androsch der ursprünglich vorgesehene steirische SPÖ Politiker Schachner-Blazizek Finanzminister in der Regierung Kreisky geworden?

Was wäre passiert, hätte 1986 Fred Sinowatz nicht Franz Vranitzky Platz gemacht als Bundeskanzler, der dann 11 Jahre lang die Geschicke dieses Landes bestimmt hatte? Oder wie würde die österreichische Bankenlandschaft heute aussehen, wären in den 1990er Jahren entweder die Schweizerische Kreditanstalt oder Raiffeisen beim Verkauf der Creditanstalt zum Zug gekommen?

Was wäre gewesen, wäre Österreich mit seiner selbstgewählten Währungspolitik und somit seiner Wirtschaftspolitik gescheitert? Der italienische Weg regelmäßiger Abwertungen zur Egalisierung der innerstaatlichen Preissteigerungen? Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit? Importierte Inflation und entsprechenden Lohn- und Preissteigerungen, die wiederum zur Abwertung führen mussten?

Oder ist eine andere Schlussfolgerung erlaubt? Was müsste geschehen, damit die europäische Hartwährungspolitik in den „Weichwährungsländern“ erfolgreich aufrechterhalten werden kann? Die von den PIGS-Ländern eingeschlagenen Kurskorrekturen gehen in die Richtung einer „inneren“ Abwertung, d.h. einer Verbilligung der Waren und Dienstleistungsangebote unter gleichbleibenden Austauschverhältnissen der Währung. Wenn man bedenkt, dass sich seit Einführung des Euro vor 15 Jahren die Handelsströme nicht wesentlich verändert haben und nach wie vor 75 % des Waren- und Güteraustausches innerhalb der Währungsunion bewegen, erkennt man, wie wesentlich dieser Aspekt ist. Diese innerstaatlichen Anpassungsmaßnahmen belasten aber die politischen Diskussionen enorm.

In Zeiten, in denen keine Zuwächse mehr zur Verteilung gelangen können, – die Eurozone ist eben erst dieses Jahr auf das Niveau von vor 2008 zurückgekehrt – werden die Verteilungskämpfe innerhalb der Gesellschaften wahrscheinlicher und bitterer. Die Auseinandersetzungen der Staaten untereinander werden härter und es steht zu befürchten, dass wir dabei erst am Anfang stehen. Um es mit August Heinrich Winkler zu sagen, dem emeritierten Professor und Doyen der Neusten Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin: „Die gemeinsame Währung hat die Völker der Eurozone überfordert. Die einen fühlen sich dem Diktat Deutschlands ausgeliefert, die anderen sehen sich durch ständige Appelle an ihre Solidarität ausgenützt.“

Und weiter: „Europas Einigungsprozess sei unumkehrbar, so heißt es, und die Gemeinschaft ist aus Krisen immer gestärkt hervorgegangen. Wir sollten uns nicht darauf verlassen, dass es sich bei diesen Lehrsätzen um historische Gesetzmäßigkeit handelt.“

Europas Zukunft

Europa kämpft aber mittlerweile auch mit anderen Themen. Die Sicherheitsarchitektur seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren war quasi als Konstante der internationalen Beziehungen festgeschrieben.

Politische Änderungen, manchmal auch gewaltsam in einigen Ländern, ehemals hinter dem Eisernen Vorhang und unter dem Einfluss der Sowjetunion, wurden als nicht so gravierend angesehen. Wohl auch deshalb, weil westliche Gesellschaftsmodelle als Ziel angestrebt und teilweise auch ansatzweise eingeführt wurden.

Erst die tollpatschigen Verhandlungen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zeigten die Grenzen der „soft power“ der EU auf.

„Fuck the EU.“ Geht es nach Victoria Nuland, der Europa Beauftragten des US-Außenministeriums, dann ist klar, was die USA von der Rolle der Europäischen Union im sogenannten Ukraine Konflikt halten. Die von den USA forcierte Isolierung Russlands und die uneinige Haltung Europas bergen gehörige Sprengkraft für den Alten Kontinent.

Keine Publikation, welche im Sommer 2015 fertiggestellt wurde, kommt um das Thema der Migration herum. Die Causa prima wird allmählich als solche auch von der Politik erkannt, ohne allerdings auch nur im Entferntesten den Eindruck zerstreuen zu können, die Entscheidungsträger wissen nicht was zu tun ist.

Und es ist tatsächlich nicht trivial. Aber so viel steht fest: So lange nicht die Ursachen in den Herkunftsländern beseitigt werden, ist die Aussicht gering, dass die Zahl der Migranten nach Europa merklich kleiner wird. Und die Folgen dieser Völkerwanderung sind bereits jetzt so, dass massive politische Veränderungen zu befürchten sind, es sei denn, die Entscheidungsträger auf allen Ebenen kommen rasch zu brauchbaren Handlungsanleitungen.

„Der Unternehmer“

Industrielle Tätigkeit bedarf entsprechender Rahmenbedingungen. Politik, Sicherheit, Ausbildung, Steuern und vieles mehr. Aber all dies wäre nicht erfolgreich, gäbe es nicht den Unternehmer, Industriellen, Wirtschaftskapitän, der eine Idee aufgreift, weiter entwickelt, die Richtung ändert, weiter marschiert, scheitert, wieder anfängt, u.s.w.

Oder wie die Wochenzeitung „Die Zeit“ bereits im Mai 1954 schrieb:

„Unternehmer ist der Mann, der etwas unternimmt. Zu seinem Wesen gehört somit stets die schöpferische Verwirklichung, gehört Initiative, gehört Wagemut, gehört Phantasie. Heute kommt zur Rentabilität und Produktivität die Humanität hinzu. Unternehmer ist also heute der Mann, der Rentabilität, Produktivität und Humanität auf einen fruchtbaren Nenner bringen muss. Hier darf dann der Hinweis nicht fehlen, dass dies zusätzlich auch eine Koordinierung des privaten und öffentlichen Interesses bedeutet, des Verbrauchers und des Staates“.

Dieser Typ Mensch steht im Mittelpunkt des vorliegenden Buches. 41 verschiedene Persönlichkeiten aus dem industriell geprägten Wirtschaftsleben schildern ihre Erlebnisse, Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge. Österreich ist reich an derartigen Persönlichkeiten. Ich stand vor der Schwierigkeit der Auswahl, quasi vor einem übervollen Buffet, musste die Entscheidung treffen, welche Persönlichkeiten und welche Branchen scheinen mir repräsentativ für mein Vorhaben zu sein, die unglaubliche Entwicklung der österreichischen Industrie der letzten 60 Jahre zu beschreiben.

Meiner Entscheidung zugrunde gelegt habe ich die Überlegung, dass die zu Wort kommenden Repräsentanten aus Firmen kommen, die international tätig sind, führend in ihrer

,Branche und große Bedeutung am Heimmarkt haben sollten. Außerdem schien mir die Entwicklung der damaligen verstaatlichten Industrie symptomatisch für das „neue“ Selbstverständnis: Die schiere Größe der ehemals verstaatlichten Betriebe – zu groß und zu kapitalintensiv, als dass sie nach dem Krieg von österreichischem Kapital hätten gekauft werden können. Ihr Einfluss auf Politik und Gesellschaft und ihre fast wundersame Wandlung vom „hässlichen“ Entlein zu Spitzenreitern im internationalen Konkurrenzkampf, machten eine Befassung und ihre Einbeziehung zu einer absoluten Notwendigkeit.

Die Grundstoffindustrie, nach dem Krieg beherrschend, ist immer noch bedeutend. Die Energieabhängigkeit Europas von Russland hat die Bedeutung der ÖMV wieder hervorgehoben. Aluminium ist ein Baustoff der Zukunft und kämpft sich Stück für Stück gegen die Stahlindustrie weiter vor. Technologie und High Tech werden auch in Österreich immer wichtiger, also durften sie nicht fehlen. Die metallverarbeitende Industrie, als Automobilzuliefererindustrie von der Nähe zu den deutschen Autobauern besonders begünstigt, kommt ebenso zu Wort wie die Textilindustrie, die nach dem Weltkrieg geradezu unverzichtbar war und heute in Österreich nur mehr marginal vertreten ist. Das überreiche Holzvorkommen unserer Wälder hat traditionell die Papierindustrie groß und bedeutsam werden lassen – eine Reihe von Präsidenten der ÖIV gibt davon Zeugnis – und die Nahrungsmittelindustrie, lange ein Stiefkind eines kleinen und geschützten Heimmarktes, geben Zeugnis erfolgreichen Wirtschaftens.

Natürlich kommt die Finanz- und Versicherungswirtschaft ausführlich zu Wort. Ohne den Transmissionsriemen Geld gibt es kein erfolgreiches Wirtschaften. Der RHI ist ein eigenes Kapitel gewidmet, nicht nur, weil die Entwicklung der Firma zum Weltmarktführer abwechslungsreich, spannend und mit dramatischen Rückschlägen gepflastert war. Der erste MBO in der Verstaatlichten verdient besonderes Augenmerk, zeigt das Beispiel doch das Zusammenspiel von Unternehmer, finanzierender Bank, Gemeinde und Eigentümer.

Tabak – ein besonderer Fall

Die Tabakwirtschaft ist ein besonderer Fall, weil Austria Tabak, ein erfolgreiches Unternehmen, auf dem Altar der Privatisierung geopfert wurde und nach dem Einmaleffekt des Verkaufserlöses – verdampft im Budgetdefizit eines Jahres - nichts mehr davon übrig geblieben ist, vor allem keine Arbeitsplätze.

Die politischen Rahmenbedingungen sind in jedem Land essentiell für die Entwicklung, in welche Richtung sich die Industrie und die gesamte Wirtschaft bewegen. So wäre es durchaus reizvoll gewesen, führende Vertreter aus der Politik zu Wort kommen zu lassen. Ich habe darauf verzichtet. Ich habe aber sehr wohl Persönlichkeiten aus dem politi-

schen Umfeld zu Gesprächen eingeladen, aber nur solche, die auch wirtschaftlich/industriell erfolgreich tätig waren oder noch sind. Die Herren Androsch, Lacina, Streicher, Ruttenstorfer, Taus und Vranitzky haben beide Welten kennen gelernt und sind für dieses Buch daher besonders wertvoll.

Der Ansturm der Flüchtlinge an die Grenzen Europas und innerhalb Europas die Konzentration auf Deutschland sind ein Spiegelbild auch der sehr hohen sozialen Standards auf diesem Kontinent. Es kommt nicht von ungefähr, dass Europa 7% der Weltbevölkerung aufweist, aber 50% der Weltsozialbudgets ausgibt, wie Hannes Androsch schreibt. Spitzenreiter in diesem Ranking ist Österreich. Woher kommt das?

Es gibt viele richtige und wichtige Erklärungen für dieses Phänomen. Österreich ist wohlhabend und zählt zu den reichsten Ländern dieser Erde. Gleichwohl fällt auf, dass ein Trend in der politisch-sozio-ökonomisch Diskussion zunehmend stärker wird, der sich so beschreiben lässt: Es wird mehr Aufmerksamkeit auf die Leistungsempfänger als auf die Leistungserbringer gelegt. Das kann auf Sicht nicht gut gehen.

Wie geht es weiter?

Odo Marquards Diktum „Zukunft braucht Herkunft“ deute ich so, dass Österreich eine gesunde Basis hat, auf welcher aufbauend, eine gute Zukunft erreichbar erscheint. Das Erreichen der Überholspur, die Fähigkeit, die „Spur zu halten“ ist nicht vom Himmel gefallen, sondern musste hart erkämpft werden. Vom Wegfall der Märkte, der Kunden und der Produktionsmittel nach dem Weltkrieg I, über die Zerstörung der industriellen und wirtschaftlichen Basis in Weltkrieg II, den Wiederaufbau, den Anschluss an Europa und dem Festsetzen in diesem Europa war ein weiter Weg.

Die Herausforderungen für die heimische Industrie sind um nichts geringer als für viele andere Teilnehmer am wirtschaftlichen Geschehen. Nur: die Industrie hatte in der Vergangenheit ihre Anpassungsfähigkeit immer wieder unter Beweis gestellt. Es sei nun die Schlussfolgerung erlaubt, dass es auch in Zukunft so sein kann. Allerdings mit einem – großen – Unterschied: Bis dato haben viele Industrielle versucht, die industrielle Basis in Österreich zu erhalten, wenn nicht sogar zu verstärken.

Das scheint in Zukunft um einiges schwieriger zu sein. Die Herausforderungen, vor denen die österreichische Industrie steht, sind nicht trivial. Zu den hausgemachten Themen, die auf ein generelles Erlahmen der Reformtätigkeit der politischen Eliten deuten, kommen kontinentale Themen. Auf einen Umstand möchte ich besonders hinweisen. Die österreichische Bundesverfassung gibt dem Zentralstaat eine Fülle von Möglichkeiten des politischen Gestaltens. Die Bundesländer sind aber aus der österreichischen Realverfassung nicht weg zu denken. Zu denken gibt allerdings der Umstand, dass die Bundespolitik nicht in der Lage zu sein scheint, gegen Länderinteressen ihre Entscheidungen zu

treffen. Die politischen Parteien, in jeder Demokratie die Träger des politischen Willens, finden in Österreich eine paradoxe Situation: Zwar kommt dem Bundeskanzler und den Bundesministern die meiste exekutive Befugnis zu; zur Umsetzung benötigen diese aber die parlamentarische Zustimmung. Und hier beobachten wir folgendes: Während bei der ÖVP traditionell die Bünde den Ton angeben und über die Beschickung in den Nationalrat entscheiden, ist es bei der SPÖ so, dass die Landesparteien 4 von 5 Abgeordnete bestimmen. Jedem ist das Hemd näher als der Rock und daher wird der Abgeordnete nur unter besonderen Umständen gegen sein eigenes Interesse stimmen (ist gleich Interesse des ihn entsendenden Landes oder seines Bundes). „Das Sein schafft das Bewusstsein“ und so erscheint die Bundespolitik in vielen Fällen hilflos und entscheidungsschwach. Nur in Ausnahmesituationen, wie unter Kreisky, Vranitzky und Schüssel gelang es der Bundespolitik, Maßnahmen zum Wohl des Landes auch gegen die Landesinteressen durchzusetzen.

Industrie 4.0, 5.0 Big Data, das Internet der Dinge, alles Entwicklungen, die vor 10 Jahren noch nicht einmal im Ansatz erkannt waren. Die damit einhergehenden revolutionären Veränderungen im Produktionsaustausch, in der Logistik und vielen anderen Bereichen des wirtschaftlichen – industriellen Lebens stellen gewaltige und wahrscheinlich noch nie dagewesene Herausforderungen für die Menschheit dar. Für den Industriellen Entscheidungsträger im Herzen Europas, international vernetzt und global aufgestellt bedeutet das folgendes:

Jedes einzelne Thema, Staatsschuldenkrise, Euro-Thematik, politische Sicherheitsarchitektur in Europa, Internet der Dinge und die neue Völkerwanderung stellt jedes für sich, eine große Herausforderung dar. Zusammengenommen scheinen sie übermächtig zu werden.

Für Kleinmut ist kein Platz

Die Industrie und ihre Führungskräfte, habe in den letzten 60 Jahren bewiesen, dass sie in der Lage sind, die Herausforderungen der Zeit zu erkennen, anzunehmen und entsprechend zu ihrem Vorteil zu gestalten. Es war in der Vergangenheit so und so wird es auch in Zukunft sein.

„Es gibt viel zu tun. Packen wir's an.“

Ich weiß nicht, ob die Beobachtung Meir Shalevs zutrifft, wonach die erzählten Geschichten genauer sind als die Wirklichkeit.

Die in diesem Buch beschriebene Begebenheiten und Ereignisse sind das Resultat vieler Gespräche mit den unmittelbaren Beteiligten, insgesamt 41. Und erzählt im Originalton

von den handelnden Personen. Das ist auch der wesentliche, intendierte Unterschied zu anderen, früheren Darstellungen der österreichischen Wirtschafts- und Industriegeschichte.

Meine Aufgabe war es, wenn man so will, die Saiten der wertvollen Instrumente zum Klingen zu bringen, Töne Wirklichkeit werden zu lassen, die vielleicht in dieser Form noch nie zu hören gewesen waren.

Ich wünsche mir, dass der Leser erkennt, in welcher Offenheit und gänzlich ohne Scheuklappen und politische Befindlichkeiten diese Gespräche geführt wurden. Das ist einzigartig.

Die Gespräche wurden in der Zeit von Herbst 2014 bis Sommer 2015 geführt in Form von Interviews, welche zur Gänze aufgenommen wurden. Die Abschriften wurden korrigiert und den Gesprächspartnern zur Korrektur und Freigabe übermittelt. Großer Wert wurde darauf gelegt, dass die Lebendigkeit des Gesprächs erhalten blieb, also der Duktus des gesprochenen Wortes nicht verloren ging. Manchen mag die zeitweise Leichtigkeit der Niederschrift überraschen.

Das war und ist beabsichtigt. Der Originalton ist ein wesentlicher Bestandteil der Idee für dieses Buch, auch um dem Leser den Eindruck des Gesprächs zu vermitteln.

Es war nicht möglich, in der vorliegenden Fassung des Buches die Beiträge in der gesamten Länge wiederzugeben. Der interessierte Leser findet diese ungekürzt unter www.aufderueberholspur.at in alphabetischer Reihenfolge.

Noch ein Wort zu den Gesprächspartnern: Es sind allesamt Männer. Das ist kein Zufall, das spiegelt die Geschlechterverteilung in den Chefbüros der heimischen Industrie (der letzten Jahrzehnte) wider.

Helmut Kramer, langjähriger Leiter des WIFO ist der Verfasser des makroökonomischen Beitrages, der als Klammer das Buch zusammenhält. Er ist vertraut mit der Realverfassung des Landes und den wirtschaftlichen und industriellen Gegebenheiten – heute ist seine Arbeit von der Weisheit des zeitlichen Abstandes geprägt. Niemals jedoch gewinnt bei ihm die Weisheit des Rückblicks Oberhand über die Fakten.

Gerd Millmann ist ein Vollblut Journalist, ausgestattet mit den Mitteln der sprachlichen Fertigkeit und dem Sinn für Zusammenhänge. Sein unverbrauchter Blick auf die Geschehnisse der letzten 60 Jahre bringen immer wieder neue Einsichten.

Dank gebührt Oliver Rathkolb, der die Zeithistorischen Anmerkungen verfasst hat. Er fand an meiner Idee Gefallen und hat auch für ihn noch nicht bekannte Ereignisse und Begebenheiten entdeckt.

Dank an Frau Dr. Osterode für ihre wertvollen Hinweise und ihre Hilfe.

Und Dank gebührt Ursula Fiedler und Margit Siller, die in unermüdlicher Arbeit die zahlreichen Überarbeitungen der Manuskripte bewerkstelligten.

Wien, 6. September 2015